

Eimsbüttler

Dezember 2009

Zeitung der DKP Hamburg-West

www.dkp-hamburg.de

INHALT

Seite 1 + 2

NETTO

Gedicht Gernhardt

Seite 3

Beiersdorf

Seite 4

Afghanistan

Seite 5

Sozialhilfe

Seite 6

Obama-Bilanz

Seite 7

Otto-Versand

Seite 8

Bürgerbehren



Eimsbüttel: NETTO - Ausbeutung PLUS

Seit einigen Wochen gibt es auf dem Sandweg nicht mehr PLUS. Netto hat den Laden übernommen und wirbt mit grellen gelben Farben um Kunden. Netto – was ist denn das? Netto ist schon seit geraumer Zeit ein Spielball der Finanzspekulanten. Im November 2004 wurde Netto von der TIWI mbH, ein Tochterunternehmen des Spar-Hauptaktionärs Les Mousquetaires-ITM Entreprises S.A., komplett übernommen. Dieser verkaufte Netto im April 2005 mit hohem Gewinn an Edeka. Seit dem 1.1.2009 gehört nun auch PLUS offizi-

ell zu Netto Marken-Discount und zur EDEKA-Gruppe. Mehr als die Hälfte aller PLUS-Filialen sollen noch in diesem Jahr komplett auf das Netto-Marken-Discount-Konzept umgestellt werden. Bis Mitte 2010 sollen alle PLUS-Märkte in das Netto-Filialnetz integriert sein. Wie in diesem wahnwitzigem System üblich, haben viele Spekulanten und Glücksritter eine Menge Geld mit dem Verschachern von Netto verdient. Leidtragende sind, wie im Kapitalismus üblich, die vielen fleißigen Mitarbeiter/innen. ==>

Fortsetzung von Seite 1 Netto

Warum?

Zurzeit sieht man im Laden am Sandweg den einen oder anderen neuen jungen Mitarbeiter fleißig Regale auffüllen. Toll, sollte man meinen: Die schaffen Arbeitsplätze. Falsch!

Es handelt sich i.d.R. um junge Menschen, die für ein paar Stunden Arbeit für einen Hungerlohn ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen. Aushilfen, Teilzeitbeschäftigte - also der ganz normale neoliberale Wahnsinn. Die versicherungspflichtigen, meist etwas älteren Arbeitnehmer fürchten um ihren Job. Und das leider zu Recht. Sie sind einfach zu teuer. Oder besser gesagt: Sie sind ein Kostenfaktor und reduzieren den privaten Gewinn.

(Originalton einer Mitarbeiterin: „Ich würde mich nicht wundern, wenn man in meiner privaten Tasche Ware finden würde, die man mir untergeschoben hat. Ich denke, die wollen mich loswerden. Ich bin denen zu teuer. Und das, obwohl ich kaum von meinem Lohn leben kann“)

Und es könnte noch schlimmer werden: Netto gehört zusammen mit der REWE-Gruppe zu den eifrigsten Verfechtern längerer Öffnungszeiten. Wir werden wohl bald bis 24.00 Uhr einkaufen können. Zu einem hohen Preis: Man wird noch mehr „normale“ Jobs abbauen. Noch mehr Familien werden auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Seit dem Jahr 2000 hat die Branche 89.000 Arbeitsplätze verloren. Arbeitsplätze entstehen höchstens im Sicherheitsgewerbe, um nachts Beschäftigte und Kunden in den Läden und auf dunklen Parkplätzen zu beschützen. Noch mehr Billiglöhner werden die üblich gewordene „Ausbeutung“ erfahren. Längere Öffnungszeiten bringen nicht mehr Gesamtumsatz (dadurch haben wir nicht mehr Geld zum Einkaufen) sondern sind Ausdruck eines brutalen Wettbewerbs aller Discounter. Längere Öffnungszeiten sind für alle Beschäftigten unzumutbar. Wir haben doch alle Anspruch auf einen familienfreundlichen Feierabend, auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Schon heute wissen viele Beschäftigte nicht, wie sie nach 22.00 mit dem öffentlichen Nahverkehr nach Hause kommen sollen.

Der Wahnsinn hat auch hier einen Namen:

Kapitalismus

Lokal-Bericht von Robert Gernhardt

Dichter Dorlamm tritt in ein Lokal,
und er sagt sich: Na, denn woll'n wir mal!

Na, denn woll'n wir mal – hier stockt er schon,
denn am Tresen steht der Gottessohn.

Steht am Tresen und bestellt ein Bier,
und der Wirt schiebt ihm eins rüber: Hier!

Hier das Bier. Der Gottessohn ergreift es,
Da ertönt ein Lied. Und Dorlamm pfeift es.

Pfeift das Lied „O Haupt voll Blut und Wunden“,
Oh, sagt Jesus, danke, sehr verbunden.

Wirklich freundlich, sind sie etwa Christ?
Nein, sagt Dorlamm da, weil er's nicht ist.

Bin ich nicht, sagt er, bin's nie gewesen.
Jesus zieht ihn lächelnd an den Tresen.

Zieht ihn, um zugleich dem Wirt zu winken:
Dieser Herr will sicher auch was trinken!

Ja, der Herr? Was darf es denn da sein?
Ich, sagt Dorlamm, möchte einen Wein.

Einen Wein? Der Wirt füllt den Pokal.
Na, sagt Jesus, Prost! Dann woll'n wir mal!



Die DKP-Gruppe Hamburg-West trifft sich an jedem 1. und 3. Montag, 19:00 Uhr, im MagdaThürey-Zentrum, Lindenallee 72, U-Bahn Christuskirche.

Beiersdorf/ Eimsbüttel

Trotz Haushaltspleite 390.000 Euro für Beiersdorf.**Senat sorgt sich um Altershaut seiner Wähler und finanziert Entwicklung eines „Langzeit-Hautmodells“**

Beiersdorf gehört auch 2009 zu den Unternehmen, wo die Anteilseigner sich die Hände reiben. Noch im Krisen-Frühjahr schüttete der Kosmetikkonzern eine hohe Dividende aus. Das DAX-Unternehmen hortet über eine halbe Milliarde Rücklagen. „Ich möchte jederzeit schnell zugreifen können“, so der Vorstandsvorsitzende Quaas in einem Interview der Hamburger „Zeit“. Zugreifen selbstverständlich auf schwächelnde Konkurrenten und weitere Weltmarktanteile. Von dieser Vorwärts-Strategie haben und halten Beiersdorf-Werker und Angestellte nichts. Im Gegenteil. Hier geht es rückwärts. Immer größere Teile des Konzerns werden abgespalten, verkauft oder geschlossen. Neuere Opfer dieser Ellenbogenpolitik sind ein Logistikstandort in der Schweiz und die Schliessung des Tesa-Werks in Harrislee bei Flensburg. Da spielt es keine Geige, dass in der Grenzregion zu Dänemark bereits der blanke Notstand herrscht. Nach dem Handy-Hersteller Motorola schließt dort auch der dänische Pumpenfabrikant Danfoss seine Kompressorenfertigung und entlässt 450 Arbeiter und Angestellte. Besonders beunruhigend: Das

Tesa-Werk in Harrislee ist derjenige Unternehmensteil von Tesa, der auch in der Krise noch schwarze Zahlen schreibt. Aber auch schwarze Zahlen schützen nicht, wenn sich andernorts noch mehr Profit herauschlagen lässt. Rücksichtslose Profitmacherei und Senatssympathien schließen sich dabei nicht aus. Trotzdem muss verwundern, wenn die vollen Kassen von Beiersdorf in Zeiten größter Haushaltsnot mit Steuergeldern aufgefüllt werden. Der Sachverhalt: Der Senat unterstützt mit 390 000 Euro die Entwicklung eines „Langzeit-Hautmodells“, mit dem Beiersdorf die Wirksamkeit neuer Nivea-Kreationen auf Altershaut testen will. „Das Geld ist gut angelegt“, sagte Wirtschaftssenator Gedaschko. „Beiersdorf ist uns wichtig.“ Öffentliche Schulden, Arbeitsplatzabbau, Werksschliessungen waren den Gesprächspartnern indessen nicht wichtig genug und scheinen auch nicht in das Ressort dieses Wirtschaftssenators zu fallen. Oder sollte es sich da schon um Spätfolgen lebenslangen Nivea-Gebrauchs handeln? Die sind mit diesem senatsfinanzierten Hautmodell nämlich nicht zu testen.



Was wusste die Kanzlerin?

Größtes Gemetzel des Afghanistan-Krieges

Nach Strich und Faden belogen wurden offensichtlich die Bundesbürger über die Opfer der Bombardierung, die am 4. September auf Befehl der Bundeswehr in der Nähe von Kundus stattfand. Der damalige Verteidigungsminister Jung (CDU) und sein Generalinspekteur sprachen beständig von 42 Toten, die ausnahmslos Talibankämpfer gewesen seien. Gestern waren es dann möglicherweise 70 Opfer.

Minister Jung log. Nur der Minister?

Heute sind es, nach Information eines Anwalts der afghanischen Opfer, mindestens 137 Zivilisten, darunter 36 Kinder. 22 Menschen sind verschollen. Außerdem wurden laut demselben Anwalt (Karim Popal) 5 Taliban-Kämpfer getötet. Eins der größten Gemetzel des ganzen Afghanistan-Krieges also, ausgelöst von einem hoffnungslos überforderten deutschen Kommandeur, der nach Sprachregelung der Regierung Merkel/Steinmeier friedliche Aufbauhilfe in Uniform leistete. So lange bis die bösen Taliban zwei mit Benzin gefüllte Tankwagen klauten und damit das friedliche Aufbauwerk der Besatzer störten.

Was der deutsche Kommandeur sich bei seinem Bombardierungsbefehl dachte, wissen wir nicht. Aber seine Soldaten hielt er offenbar für unabkömmlich bei der Pflege der Bau- und Bohrvorrichtungen. Statt den Taliban auf den Pelz zu rücken, forderte unser uniformierter Sozialarbeiter und Brunnenbohrer amerikanische Luftunterstützung an. Die kam dann auch. Aber keineswegs sofort, wie wir nun erfahren, so dass nicht Zeit zum Nachdenken und Abwägen geblieben wäre. Einer der beteiligten Piloten berichtet einem Fernsehteam, man habe insgesamt dreimal nachgefragt, ob nicht zuerst einmal der Tatort überflogen und eingesehen werden solle, bevor es zu unnötigen Opfern käme. Dreimal habe der deutsche Kommandeur abgelehnt. Nachweislich ohne jede Kenntnis vom Ort des Geschehens. Bleibt nur die Frage, nach welchem Oberbefehl dieser Mann handelte und die Vermutung, dass die Deutschen Vorgesetzten nicht den Mumm hatten, sich an Ort und Stelle ein Bild zu machen.

Nun schon acht Jahre dauert der Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan und acht Jahre wird die deutsche Öffentlichkeit von den Kriegsparteien

CDU/CSU, SPD, FDP und den GRÜNEN nach Strich und Faden belogen. In Afghanistan findet mit deutscher Beteiligung ein mörderischer, grundgesetzwidriger und völkerrechtswidriger Krieg der Nato statt.

Jung, ein CDU-Politiker, der wohl auf jeder Position eine Fehlbesetzung wäre, ist nun zurückgetreten. Sein Nachfolger Guttenberg hat noch vor wenigen Tagen die Bombardierung als „angemessen“ bezeichnet, beruft sich jetzt aber auf vorenthaltene Informationen. Nun muss er aufpassen, dass er nicht von den Lügen seiner Untergebenen und Vorgesetzten eingeholt wird. Denn wie glaubwürdig ist es, wenn zuständige Minister nichts gewusst haben wollen, obwohl in der Weltpresse seit Wochen anders lautende Berichte erschienen. In einer Presse, aus der sich auch die Kanzlerin täglich berichten lässt.



IMPRESSUM

Eimsbüttler Rot - Zeitung der DKP

Gruppe: Hamburg-West

Lindenallee 72, 20259 Hamburg

Telefon 480 490 0

V.i.S.d.P.: Oskar Mathießen

Familienpolitische Beschlüsse der Koalition.

Sozialhilfe für Bessergestellte.

Wir berichteten in unserer Oktober-Ausgabe über die Geschenke von SCHWARZ-GELB an die Schönen und die Reichen, an Erben, Vermieter, Hotelbesitzer, Landwirte, Unternehmer. In den Medien wird oft der Eindruck erweckt, als habe besonders Frau Merkel sich für die Familien, die Bedürftigen und die Arbeitnehmer in die Bresche geworfen. Besonders das **Kindergeld** habe es ihr angetan. Zwanzig Euro mehr soll allen Kindern ab 1. Januar zukommen. Das ist kaum besser als nichts, denn mittlerweile müssen fast 15 Millionen Frauen, Männer und Kinder von Einkommen an oder unterhalb der Armutsgrenze leben. Und der Höhepunkt: die Ärmsten werden vergeblich warten. Hartz-4 - Beziehern wird das Kindergeld komplett gegen gerechnet.

Wussten Sie das etwa nicht, Frau Merkel?

Ein noch schönerer Nachweis sozialer Fürsorge ist der Koalition mit dem **Betreuungsgeld**, auch Herdprämie genannt, gelungen. 150 Euro sollen die gutbetuchte Hausfrau dafür belohnen, dass sie ihren bis zu dreijährigen Nachwuchs am heimischen Herd hält. Das ist für Mittelstandsmütter, die sich selbst gern die besseren pädagogischen Fähigkeiten zumessen als dem Kita-Personal oder den eigenen Wurf lieber auf Konkurrenz denn auf soziale Kompetenz trainieren, ein schönes Wahlgeschenk. Fragwürdiger noch ist diese Art Sozialpolitik für jene Familien, deren Kinder am nötigsten auf eine unterstützende öffentliche Betreuung angewiesen wären, 150 Euro aber auch gerne anderweitig verwenden. Kurz: Weitgehend da neben!

Für viele witzlos der erhöhte steuerliche **Kinderfreibetrag**, von dem alle Eltern mit niedrigem Einkommen und Hartz-4 Bezieher keinen Pfifferling sehen, weil sie keine oder nur geringe Steuern zahlen.

Unübertrefflich der Kampf der Kanzlerin gegen **Skandal-Löhne**. So nennt die Koalition Bezahlung von mehr als 30% unter dem niedrigsten Tarif. Ausdrücklich sollen aber 30% unter Tarif erlaubt sein. Lohndumping

sein. Lohndumping wird damit auf die Spitze getrieben.

Wer Hartz-4 bezieht soll nach dem Willen der Regierung künftig nur noch einen **Pauschalbetrag für Unterkunfts- und Energiekosten** erhalten. Höhere Kosten müssen von dem wenigen Geld beglichen werden, das zum Leben gedacht ist.

Unter dem Strich sind die familienpolitischen „Wohltaten“ der Regierung darum nur Sozialhilfe für Bessergestellte.

Leserbrief

„Kein Wunder, dass die DDR bankrott ging.“

Frau Merkel sucht den „Makel“ bestimmter FDJ-Funktionen und eines Elite-Studiums in Woronesh (UdSSR) durch die Kolportage besonderer Heldentaten gegen die DDR loszuwerden. Wir erfahren dazu Näheres in der „Berliner Morgenpost“ vom 17.8. Unter der Überschrift „Merkel trieb die DDR mit Blaubeeren in den Ruin“ konnte man dort lesen: „Sie hat Blaubeeren im Wald gesammelt, dann das Kilo für 4 Mark an die Handelsgenossenschaft Obst und Gemüse verkauft. Dank der DDR-Subventionen wurde dieses Kilo an die Kunden für nur 2 Mark abgegeben. „Einer von uns hat also verkauft, der andere ist nach einer Stunde in den Laden gegangen und hat gefragt, ob es Blaubeeren gibt, und diese dann für 2 Mark gekauft.“ Das Blatt schreibt dazu: Eine beerenstarke Geschäftsidee. Kein Wunder, dass die DDR bankrott ging.“

Nun kann Frau Merkel endlich aufatmen, ist sie doch als Widerstandskämpferin gegen die DDR mit dem höchsten Blaubeerorden ausgezeichnet worden.

Horst Joachimi

Change we can believe in?
**Enttäuschung
auf ganzer Linie.**



Das Motto des Wahlkämpfers Obama weckte nicht nur in den USA Hoffnungen auf einen Politikwechsel. In Europa erwies es sich sogar als nobelpreiswürdig. Inzwischen schmelzen allerdings die Träume auf ganz neue United States schneller als das Festlandeis. Daran ändert auch die Ankündigung des US-Präsidenten wenig, selbst auf dem Klimagipfel zu erscheinen, denn den Ankündigungen Obamas folgen selten Taten.

US-Beitrag zum Klimagipfel eine Nullnummer.

Das betrifft auch den angesagten Beitrag der USA in Kopenhagen. Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 17% gilt in der Fachwelt als völlig unzureichend und unangemessen. Um so mehr, als sie sich auf den niedrigen Ausgangswert von 2005 beziehen.

Guantanamo schliessen?

Statt der schon im Wahlkampf versprochenen Auflösung der Folterlager in Guantanamo, der Bestrafung der Folterer und der Beendigung der Militärtribunale geschah fast nichts, außer dass der Präsident Abstand von seinen Versprechen nahm.

Afghanistan, immer blutiger.

Statt den völkerrechtswidrigen Krieg zu beenden, erleben wir das blutigste Jahr seit dem Einmarsch der Nato-Truppen im Jahr 2001. Zwischen Januar und

Oktober 2009 starben 445 ausländische Soldaten und über 1500 Zivilisten. Die Strategie der Nato ist gescheitert. Doch statt den Kurs zu wechseln und sich vom Hindukusch zurückzuziehen, fordern Politiker und Militärs noch mehr Soldaten – auch von Deutschland.

Krieg auf den Atomwaffenstaat Pakistan ausgeweitet.

Unter Obama wurde der Terror aus der Luft durch Drohnenangriffe intensiviert. Kenner sprechen von einem Mordprogramm der CIA. Mehr als 500 Menschen wurden so bisher getötet, mit Sicherheit in der Mehrzahl Zivilisten

Von den Israelis vorgeführt.

Die von Obama versprochenen Anstrengungen für einen Frieden in Palästina sind inzwischen nicht mehr glaubwürdig. Die israelische Regierung ignoriert ungestraft den vom US-Präsidenten anfangs kategorisch geforderten Baustopp israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten und vertreibt palästinensische Familien aus Ostjerusalem. Die Demontage ihres Chefs topte Aussenministerin Clinton jetzt mit der Erklärung, ein Baustopp sei niemals Voraussetzung für Verhandlungen gewesen.

Gesundheitsreform blockiert

Selbst im eigenen Lager, der Demokratischen Partei, schwindet beim wichtigsten innenpolitischen Vorhaben, der Einführung einer öffentlichen Krankenkasse für 40 Millionen unversicherte arme US-Bürger, die Unterstützung für den Präsidenten. Mit Mühe und Not fand sich jetzt eine 2-Stimmen-Mehrheit für die Diskussion des Vorhabens im Repräsentantenhaus.

Obama besteht auf Landminen.

Beschämend jetzt die Weigerung Obamas, dem Vertrag über die Ächtung und Vernichtung von Landminen beizutreten, der inzwischen von 150 Staaten unterzeichnet ist. Nur Protest aus der eigenen Fraktion konnte den Präsidenten überzeugen, „noch einmal darüber nachzudenken“.

We can do? Yes-- kleine Brötchen backen. Aber hat es dafür jemals den Nobelpreis gegeben?

OTTO-Versand entlässt 700 Mitarbeiter/innen

Viele Eimsbüttler Familien betroffen

Der Familienkonzern mit dem „sozialen“ Image

Bei der Außendarstellung des Konzerns legte man Wert darauf, als „familiär“ und „sozial“ zu gelten. OTTO sorgt für seine Mitarbeiter/innen und tut viel Gutes als Sponsor für die Allgemeinheit. Dies gehörte jahrelang zu einem erfolgreichen Marketing-Konzept.

Und nun?

700 Arbeitsplätze streicht OTTO. 700 Menschen und deren Angehörige (betroffen sind ca. 2000 Hamburger/innen) nimmt OTTO die Grundlage ihrer Existenz, ihre Lebensperspektive. Menschen, die durch ihre Arbeit dafür gesorgt haben, dass OTTO heute die 90 Millionen für den Umzug nach Haldensleben bereitstellen kann. Und man hat vom neoliberalen Wahnsinn gelernt. Kaum versicherungspflichtige Anstellungen in Haldensleben – dafür mehrere 100 Teilzeit-Stellen und Leiharbeitsstellen, die eine „normale“ Teilnahme am sozialen Leben unmöglich machen.

Warum?

Wirtschaftlich geht es OTTO blendend. Die Krise sorgte gerade dafür, dass der große Konkurrent QUELLE vom Markt verschwand. Aber die sichere Aussicht auf mehr Profite reicht OTTO nicht. Profite müssen nicht nur gut sein, sondern maximal. Wenn bei diesem kapitalistischen Wahnsinn viele Menschen unter die Räder kommen, stört das die Konzerneigner überhaupt nicht. Für diese Ausbeuter sind das nicht Menschen, sondern Kosten. Und Kosten reduzieren den privaten Gewinn. Wir können sicher sein, dass diese gewissenlosen Kapitaleigner sich auch in Zukunft bei Wohltätigkeit-Events feiern lassen. Und Herr Beust wird die bewegte Laudatio halten.

Was tun?

Wir hoffen, die Belegschaft nimmt diese unmenschliche Entscheidung nicht einfach hin. Es gibt nur eins: Kämpfen um jeden Arbeitsplatz. Jetzt gilt es Streiks und Demonstrationen zu organisieren. Wir von der DKP werden die Betroffenen mit aller Kraft unterstützen.

Brandenburg Hässliche Deutsche



Nach der Wahlschlappe der Brandenburger CDU und dem Abschied aus der Potsdamer Regierung ist Ex-Innenminister Jörg Schönbohm bei der Ursachenforschung tief ins kulturelle Wesen der Ostdeutschen eingedrungen. Jahrzehnte der "Entbürgerlichung" und der "Entchristlichung" haben demnach zu einer Art DDR-Syndrom geführt, das sich nicht nur im Wahlverhalten, sondern offenbar auch im Aussehen niederschlägt: Verbreitet müsse er "Stillosigkeit - im Umgang wie bei der Kleidung" feststellen, so Schönbohm. Vor ein paar Wochen hatte der Hobbyforscher an den Märkern schon das "kollektive Beleidigtsein" nachgewiesen. Die deutsch-deutsche Ethnologie schreitet voran. TS

Aktivist in Honduras ermordet.

TEGUCIGALPA.

Wenige Tage vor der unter Kontrolle der Putschisten stattfindenden Präsidentschaftswahl in Honduras ist ein weiterer führender Aktivist der Widerstandsbewegung ermordet worden. Luis Gradi Espinal, Koordinator der Nationalen Widerstandsfront im Landessüden, wurde am Dienstag tot aufgefunden, nachdem er zuvor von der Polizei verhaftet worden war, berichtet die Menschenrechtsorganisation COFADEH.

(PL/jW)

Eimsbüttel

Bürgerbegehren „Hände weg vom Isebek“ missachtet

Seit zwei Jahren kämpft die BI gegen das „Hoheluftkontor“, ein sechststöckiges Bürogebäude, das auf dem Grundstück von McDonald und angrenzende Flächen gebaut werden soll. Hier eine kleine Chronologie:

1. Ein erstes Bürgerbegehren gegen umfangreiche Abholzungen am Isebekkanal sowie den Bau eines riesigen Bürokomplexes mit Tiefgarage und Privatisierung des öffentlichen Grundes zwischen Kanal und U-Bahnhof im Nov. 2008 war erfolgreich, mehr als 12.000 Unterschriften wurden gesammelt.
2. Die Bezirksversammlung übernahm die Forderungen der Ini am 26.2.09, um einen Bürgerentscheid zu verhindern.
3. Bereits am 31.3.09 widerrief der Stadtplanungsausschuss diesen Beschluss
4. Die Ini ruft das Verwaltungsgericht an. Dieses erlässt in 2. Instanz eine einstweilige Anordnung gegen die Planungen der Bezirkspolitiker. Der Bürgerentscheid sollte somit stattfinden.
5. Am 13. 8 .09 beschloss der Hauptausschuss der Bezirksversammlung, dem Bürgerbegehren vollständig zuzustimmen, um einen Bürgerentscheid während der Bundestagswahl zu verhindern.
6. Zwei Tage nach der Wahl aktiviert das Bauderzernat den gleichen alten Bebauungsplanentwurf, der durch eine einstweilige Anordnung gestoppt wurde. Er sieht lediglich eine Reduzierung des riesigen Bürokomplexes um nur ein Stockwerk vor.

Wir halten fest: Die Bezirksversammlung hat bereits zweimal das Bürgerbegehren zum Schein übernommen, um den Beschluss dann umgehend wieder zu revidieren – mit minimalen Abweichungen. Dies nur, um einen laut Verfassung fälligen Bürgerentscheid zu verhindern. Die Bürgerinitiative ist nun gezwungen, zum zweiten mal das Verwaltungsgericht anzurufen. Außerdem hat sie ein zweites Bürgerbegehren „Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel“ eingeleitet.

Wir werden hier Zeuge, wie viel unsere Demokratie (Volksherrschaft) wert ist, wenn es um Profitinteressen geht.

ZITAT DES TAGES

Frau Merkel und Herr Westerweille verhalten sich wie ein Ehepaar, dem das Geld fehlt, das defekte Dach des Eigenheims zu erneuern, und das trotzdem erst mal eine Weltreise unternimmt.

Der "Wirtschaftswoche" Peter Bofinger am Donnerstag in der Passauer Neuen Presse zu den Steuersenkungsplänen der Bundesregierung.

**Wo geht's denn hier zum
Aufschwung Ost?**

***Da drüben -
immer den Bach runter!***